



Newsletter

Dezember 2018

connosco e.V.
Melchiorstr.. 3
50670-Köln
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de



Inhalt

Editorial & Grußwort	3
connosco aktuell	4
Wir suchen Dich! Werde Teil von connosco e.V.	5
Kurznachrichten Von Marc Reismann	6
Zerstreute Hoffnungen – AMLO präsentiert seine Sicherheitsstrategie für Mexiko Von Thilo Vogt	7
Zentralamerikanische Migranten auf ihrem Weg in die USA Von Lena Gehrke	11

Editorial & Grußwort

Liebe Lateinamerika-Freunde,

gerne stellen connosco e.V. Ihnen unsere neue Rubrik „connosco aktuell“ ab Seite 4 vor, und informieren Sie in Zukunft regelmäßig über die Tätigkeiten des Vereins und zukünftige Veranstaltungen. Auf Seite 5 rufen wir dazu auf, sich bei Interesse aktiv bei connosco e.V. zu engagieren und die Vereinsarbeit mitzugestalten. Aktuelle Kurznachrichten aus der Region Lateinamerika finden Sie ab Seite 6. Einen Bericht über die Sicherheitsstrategie der AMLO in Mexiko finden Sie ab Seite 8. Ab Seite 12 erhalten Sie Informationen über den Weg Zentralamerikanischer Migranten in die USA.

Wie immer wünschen wir Ihnen nun viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

Herzlichst
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.

connosco aktuell



Foto: Amanda Luna und Yannick Weber

Am 28. November war connosco e.V. zu Gast bei der deutschen Film Premiere des beeindruckenden und preisgekrönten Dokumentarfilms **PIRIPKURA – Die Suche nach den letzten ihres Volkes**. Veranstalter des Abends war der Filmverleih mindjazz pictures. connosco e.V. teilte sich mit Misereor, GEPA – The Fair Trade Company und dem Allerweltshaus Köln e.V. die Partnerschaft in der Kooperation. Die connosca Amanda Luna nahm im Anschluss an den Film als Expertin an einem leidenschaftlichen und mitreißenden Filmgespräch zum Schutz indigener Völker im Odeon Kino Köln teil, moderiert wurde das Gespräch von Sonja Hofmann, Amanda Luna (connosco e.V.) und Malte Reshöft (Misereor). Amanada Luna wuchs im Amazonasgebiet auf und ist indigener Herkunft.

Wir sind

connosco e.V. ist eine fachübergreifende Hochschulgruppe der Universität zu Köln. Ziel des Vereins ist die kritische Betrachtung des lateinamerikanischen Kontinents und der iberischen Halbinsel in Bezug auf Wirtschaft, Politik, Ökologie, interkulturelle Kommunikation und Entwicklungsfragen der Region. Wir bieten Dienstleistungen für ein breites Themenspektrum an, organisieren Tagungen und veranstalten Workshops.

Wir leisten

Veranstaltungen
Seminare
Workshops
Kongresse & Tagungen
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
Newsletterarbeit
Publikationen
Sprach- und Kulturassistentz
Delegationsreisen
Messebegleitung
Veranstaltungsassistentz

Wir bieten Dir

- Einblicke in die Tätigkeiten eines studentischen Vereins mit internationalem Bezug
- Unabhängige Arbeiten und Raum zur eigenen Mitgestaltung
- Ausbau deiner interkulturellen Kontakte
- Die Möglichkeit, Dich ehrenamtlich zu engagieren

Wir suchen Dich!

Das **Team Politik und Wirtschaft** sucht neue Mitglieder, vorzugsweise Studierende der Wirtschafts- oder Politikwissenschaften (BWL, VWL) und der Regionalstudien Lateinamerika!

Ein Praktikum oder Engagement parallel zum Studium bietet Dir die Möglichkeit, Einblicke in die Arbeit eines studentisch organisierten Vereins mit internationaler Ausrichtung zu erhalten und selbstgestalterisch mitzuwirken.

Aufgaben im Team Politik & Wirtschaft

- Organisation von Veranstaltungen und Tagungen
- Verfassen von Artikeln für den monatlichen Newsletter
- Pflege der Website und Facebook
- Repräsentation von connosco e.V. auf Netzwerkveranstaltungen
- Kontaktsuche und -pflegen

Du solltest Interesse am aktuellen Geschehen in Lateinamerika, Lust auf ein nettes, interdisziplinäres Team, Spaß an Recherchearbeit, Bereitschaft zu Teilnahme an regelmäßigen Treffen, Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft mitbringen. Spanisch- und/oder Portugiesischkenntnisse sind von Vorteil.

Falls Du Dich für eine ehrenamtliche Stelle bei connosco e.V. interessierst, sende bitte ein kurzes Anschreiben mit Lebenslauf an

info@connosco.de

Wir freuen uns auf Deine Bewerbung!

Kurznachrichten

Von Marc Reismann

Venezuela setzt neue Festpreise für Güter des Grundbedarfs

Caracas. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro hat eine „Korrektur“ seiner im August begonnen Reformen angekündigt. Ziel der Reformen waren neben einer Währungsumstellung und einer Wechselkursänderung auch die Bindung der Landeswährung an die Kryptowährung Petro. Der Mindestlohn wurde auf 4.500 BsS fast verdreifacht und Boni und Subventionen wie Sozialprogramme und staatliche Hilfsprojekte wurden in ähnlichen Maß erhöht. Als weitere Maßnahme wurde die Landeswährung abgewertet. Der Wechselkurs zwischen Petro und BsS veränderte sich von 1:3.600 zu 1:9.000. Als Hauptgrund für die derzeitige Hyperinflation in Venezuela sieht Maduro die Existenz und starke Nachfrage nach dem „kriminellen Dollar-Schwarzmarkt“. Maduro erwartet für das Jahr 2019 mehr Stabilität des Finanzsystems des Landes. Anfang Dezember wurden weitere Maßnahmen bekannt gegeben. Rentner werden zusätzliches Weihnachtsgeld erhalten. Festpreise für Grundbedarfsgüter wurden Neuberechnet und erhöht. Derzeit zahlt die Regierung des Landes eine Vielzahl von Gehältern im Privatsektor und unterstützt Selbständige finanziell. Begründet wird diese Maßnahme mit einem starken Anstieg der Preise in dem Land.

G-20 Gipfel in Argentinien erzielt Einigung

Buenos Aires. Anfang Dezember konnte der zweitägige Gipfel der 20 größten Industrienationen mit einer gemeinsamen Abschlusserklärung abgeschlossen werden. Die G20-Gruppe hat als Hauptziele einer Reform und Stärkung der WTO und einen Ausbau der zentralen Aufsichtsorgane des internationalen Freihandels beschlossen. Argentinien's Präsident Mauricio Macri hat im Rahmen der Treffen immer wieder auf seine neoliberaler Strukturanpassungspolitik hingewiesen. Er sprach mehrfach die positiven Effekte der finanziellen Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft an. Seitens des IWF wurden Macris Vorgehen gelobt. Trotz weiterer Aufnahme von Schulden (56 Millionen US-Dollar bis 2021 allein beim IWF) sind die Prognosen für den Verlauf der Wirtschaft Argentinien's negativ.

Zerstreute Hoffnungen – AMLO präsentiert seine Sicherheitsstrategie für Mexiko

Von Thilo Vogt

Mit Verspätung veröffentlichte Mexikos zukünftiger Präsident Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO, seine Sicherheitsstrategie unter dem Titel „Plan Nacional de Paz y Seguridad“ (Nationaler Plan für Frieden und Sicherheit) für seine Amtszeit bis 2024. In acht Punkten werden die wichtigsten Schritte genannt, die aber überwiegend grob umrissen werden. Kernelemente, die bereits den Wahlkampf dominiert haben, sind die Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit durch die Stärkung der Justiz. Auch die Schaffung von Arbeit und sozialer Sicherheit sowie die Reduzierung diverser Formen der Ungleichheit, Marginalisierung und Diskriminierung sollen den Nährboden für Konflikte, Kleinkriminalität und das organisierte Verbrechen nehmen. Auch eine Veränderung des Diskurses über die bisherige Drogenpolitik begleitet die Strategie.

Dennoch ist die Strategie nicht unumstritten, wenn man den letzten Punkt betrachtet. In Punkt 8, der sich explizit mit dem Sicherheitssektor befasst, wird deutlich, dass keine grundlegenden Reformen angedacht sind, sondern eine Militarisierung des Sicherheitssektors angestrebt wird. Neben der Fortführung des Einsatzes des Militärs im Inneren, soll eine militärisch organisierte Guardia Nacional geschaffen werden, die sich aus Angehörigen der Polizei, des Militärs und der Marine konstituieren soll. Von rund 50.000 Angehörigen ist die Rede, die für diese im ganzen Land operierende Polizeieinheit zur Verfügung stehen sollen. Die Ausbildung soll sowohl polizeiliche als auch militärische Komponenten beinhalten. Diverse in Mexiko operierende Organisationen der UN haben bereits darauf gedrängt, dass keine weiteren Maßnahmen, die die Militarisierung des Sektors beinhalten, zu unterlassen. Doch führt eine zunehmende Militarisierung dazu, dass sich die desolate Lage des Sicherheitssektors verbessert und sich die Kriminalität im Land verringert?

Die Polizei als Problem für die Sicherheit

Eine neue Polizeieinheit, die schlicht die Arbeit der bereits bestehenden Policía Federal (Bundespolizei) übernimmt, erscheint nur oberflächlich wirksam, da die eigentlichen Probleme des mexikanischen Polizeiapparates auf anderen Ebenen bestehen. Mexikos Sicherheitsapparat und insbesondere

die Polizei bedürfen einer grundlegenden Reform. So gibt es rund 1.800 verschiedene Polizeientitäten, die jeweils unabhängig agieren oder als verlängerter Arm von lokalen Eliten fungieren und ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich dem Schutz der Bevölkerung, nicht gerecht werden.

Doch neben diesen administrativen Unwägbarkeiten mangelt es den Polizisten an Grundlegendem. Der Beruf als Polizist ist schlecht bezahlt und die Ausrüstung muss mancherorts selbst angeschafft werden. Dass es Polizisten an schusssicheren Westen oder Munition mangelt, ist keine Seltenheit. Auch das Gehalt variiert merklich. Im Bundestaat Nayarit verdient ein Polizist im Schnitt 6.000 Pesos (ca. 300 Euro), während sein Kollege in Baja California rund 25.000 Pesos verdienen kann. Korruption und Kooptierung durch das organisierte Verbrechen werden durch solche Strukturen begünstigt.

Zu allem Überfluss wird der Polizei sehr wenig Vertrauen entgegengebracht. Während das Militär mit Zustimmungsraten von 88% rechnen kann, wird der Bundespolizei noch zu 66,5% vertraut und der Gemeindepolizei lediglich noch 51,2%. Verkehrspolizisten genießen ein Vertrauen von gerade einmal 43,1%.

Diese Gemengelage, die die Polizei als Arbeitgeber in weiten Teilen Mexikos sehr unattraktiv erscheinen lässt, sorgt für weitere Probleme, die im täglichen Leben der Menschen spürbar sind. So verfügt, laut Gerardo Rodríguez Lara von der Universität de las Americas Puebla, die Policía Estatal (Polizei der Bundestaaten) im Bundestaat Puebla gerade einmal über 4.000 operative Einheiten, bei einem Bedarf von mindestens 11.000 Polizisten. Auch für junge Menschen ist die Polizei als Arbeitgeber eher unattraktiv, was dazu führt, dass es an Nachwuchs mangelt.

Aufgrund der mangelnden Polizeipräsenz sowie der teils schwachen Durchsetzung von Recht und Ordnung, gestaltet sich Mexiko in manchen Regionen und Bundestaaten als äußerst problematischer Fall. Eine Straflosigkeit von rund 95 Prozent bei Tötungsdelikten, ein Jahr 2017 mit rund 30.000 Mordopfern, wöchentlich ausgehobenen Massengräbern sowie Lynchjustiz zeigen auf, dass es dringend tiefgreifender Reformen bedarf.

Ansätze, die Hoffnung machen

Woran es aber schlichtweg mangelt, ist der politische Wille, die dringend notwendigen Reformen auch einzuleiten oder auf die Agenda zu setzen. Da solche Reformen sehr viel Zeit in Anspruch nehmen und sehr kostspielig sind, hadern viele Lokalpolitiker mit der Implementierung oder gar Initiie-

zung. Insbesondere die Dauer, die meist über die Legislaturperiode hinausgeht, sorgt für wenige Anreize, Reformen einzuleiten, da man diese nur sehr spät messbar machen kann.

Dennoch haben einige Gouverneure und Bürgermeister diese Hindernisse nicht gescheut und Reformen, wenn auch territorial begrenzt, durchgeführt. In Morelia in Michoacán wurde beispielsweise von 2015 bis 2018 durch einen unabhängigen Bürgermeister die Anzahl der Polizisten merklich erhöht. Waren es zu Beginn gerade einmal 120, sind es bis dato bereits 700. Darüber hinaus wurde der Fokus auf Einheiten der Policía proximidad gelegt. Dabei handelt es sich um Polizisten, die den Kontakt zur Lokalbevölkerung, Zivilgesellschaft und lokalen Firmen suchen, um im stetigen Austausch mit den Bürgern zu stehen und rechtzeitig negative Entwicklungen zu antizipieren. Auch Beschwerdestellen für Opfer wurden eingerichtet.

Im Bundestaat Nuevo Leon wurde das Budget nicht nur aus öffentlichen Mitteln finanziert, sondern auch die Lokale Wirtschaft trägt ihren Teil zur Verbesserung der Gehälter bei, wodurch die Attraktivität von Korruption verringert werden soll. Auch hier soll die Anzahl der Einheiten von derzeit 5.000 auf bis zu 15.000 erhöht werden.

Das letzte Beispiel bezieht sich auf den Bundestaat Morelos, in dem zunächst der Sicherheitssektor auf bundestaatlicher Ebene in der Comisión Estatal de Seguridad (Bundestaatliche Sicherheitskommission) gebündelt wurde, um Verbindungen zwischen Polizei und organisierter Kriminalität so wie der politischen Instrumentalisierung der Polizei durch Lokalpolitiker entgegenzuwirken. Auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Zentralisierung und Standardisierung der Aus- und Weiterbildung wurden umgesetzt. In einem Ranking des Think Tanks Causa de Común wurde die Polizei von Morelos auf Position zwei der professionellsten Polizeien in Mexiko platziert. Darüber hinaus wurden Nachbarschaftskomitees zur Überwachung der Polizeiarbeit eingerichtet, um mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu schaffen.

Welche Maßnahmen in Angriff genommen werden sollten

Experten aus ganz Lateinamerika sowie aus Mexiko selber sind bereits vor der Veröffentlichung der neuen Sicherheitsstrategie zu dem Konsens gelangt, dass eine weitere Militarisierung des Polizeiapparates die Lage in Mexiko nicht zum Besseren verändern werde. Im Rahmen des Observatoriums für organisierte Kriminalität, einem Format der Friedrich-Ebert-Stiftung in

Mexiko, wurden die jeweiligen Probleme aber auch Lösungsansätze für den mexikanischen Polizeiapparat diskutiert und erarbeitet.

Die wichtigsten Erkenntnisse sind, dass es zunächst einer nationalen Reform des Polizeisektors bedarf, der über den Rahmen einer Amtszeit hinausgehen soll, aber auch den dafür notwendigen politischen Willen und Institutionalisierung abverlangt. Korruptionsbekämpfung sowie eine Verbesserung der Lebensbedingungen, die den Nährboden der Kriminalität entziehen sollen, sollen diese Anstrengungen begleiten. Zudem ist das Überdenken der Aufgabenteilung zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft unabdingbar, da die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen übernimmt, obwohl die Polizei vor Ort die besseren Voraussetzungen dafür hätte. Des Weiteren sollen die Reformen nicht auf die Polizei begrenzt werden, sondern auch bis zur Verbesserung der Bedingungen in Gefängnissen und Reintegration von Insassen fortgeführt werden. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Polizisten nicht nur mit Bezug auf das Gehalt, sondern auch in puncto Arbeitszeiten, Ausbildung, Beförderung, Sozialer Sicherheit und Ausstattung sind von Relevanz sowie eine bessere Kooperation mit der Bevölkerung mit dem Ziel der Vertrauenssteigerung.

Ob AMLOs neue Strategie aufgehen wird, lässt sich erst in einigen Jahren messen. Bis dahin bleibt zu hoffen, dass weitere Lokalpolitiker und Gouverneure tiefgreifende Reformen anstrengen, die nicht nur in der technischen Verbesserung der Polizei oder dessen Militarisierung begründet sind, sondern auch die Bürgerbeteiligung und Transparenz fördern und somit langfristig das Vertrauen in die Polizei verbessern sowie die Arbeit der Polizei, die weniger anfällig für Korruption und Kooptierung ist.

Zentralamerikanische Migranten auf ihrem Weg in die USA

Von Lena Greiner

Im Ursprünglich war eine Gruppe von weniger als 200 Menschen aus Zentralamerika in Richtung USA aufgebrochen, inzwischen sind es mehrere tausend. Die Migranten, welche mehrheitlich aus Honduras, aber auch aus El Salvador und Guatemala stammen, fliehen überwiegend zu Fuß vor der allgegenwärtigen Gewalt, vor Armut und vor Perspektivlosigkeit. Organisierte Banden wie die Maras erpressen dort Schutzgelder und rekrutieren Kinder. Wer sich ihrem Willen nicht beugt, wird umgebracht. Viele der Migranten haben so bereits Familienmitglieder oder Bekannte aus ihrem Umfeld verloren.

Ferner herrscht eine hohe Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung und die Regierungen ändern nichts am Status quo. Familien, die seit mehreren Generationen an der Macht sind, verfolgen ihre eigenen Interessen. Manche von ihnen haben Verbindungen zum Drogenhandel oder sind dort direkt verwickelt. Sowohl Honduras als auch El Salvador und Guatemala befinden sich an der Drogenschmuggelroute, die von Südamerika in die USA verläuft. Laut Schätzungen der Vereinten Nationen passieren jährlich circa 500.000 Menschen die süd mexikanische Grenze. Dieses Mal unterscheidet sich jedoch die Gruppengröße. Von Ort zu Ort wuchs die sogenannte „Migranten-Karawane“. Unterwegs schlossen sich mehr und mehr Menschen an, in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben in den USA. Einige verfolgten die Geschehnisse in den Sozialen Medien, andere erhoffen sich von der größeren Menschengruppe mehr Schutz für den gefährlichen Weg, den Menschenhändler, Banden oder einfache Kriminelle kreuzen. Für ein besseres Leben nehmen die Migranten unzählige Strapazen auf. Viele von ihnen sind in Plastiksandalen oder Flipflops unterwegs und haben wunde und verletzte Füße. Im Süden Mexikos herrscht ein extremes Klima - auf hohe Temperaturen folgen schwere Regengüsse. Das Wenige, das die Migranten aus ihren Heimatländern an Hab und Gut mitgenommen haben, wird dabei durchnässt.

Viele der Migranten haben Tijuana, die mexikanische Grenzstadt zum US-Bundesstaat Kalifornien, zum Ziel. Dort warten seit zwei Wochen etwa 6.000 Migranten darauf, ihren Asylantrag für die USA stellen zu können. Die Bedingungen vor Ort sind schwierig, die Unterbringung der Migranten ist

sehr notdürftig und es mangelt an sanitären Anlagen. Die mexikanische Bevölkerung ist gespalten: Einerseits erfahren die Migranten Unterstützung durch Kleider- und Essensspenden sowie durch Angebote über Mitfahrgelegenheiten; andererseits gibt es diejenigen, die den Migranten ablehnend gegenüber treten und keine Fremden im Land haben wollen.

An die 1.700 Menschen aus der Gruppe in Tijuana haben bereits Asyl in Mexiko beantragt. Jedoch ist es auch in Mexiko nicht einfach, Asyl zu erhalten. Seit der vorherige mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto 2015 das Grenzschutzprogramm Programa Frontera Sur implementierte, hat es sich Mexiko zur Aufgabe gemacht, die eigenen Südgrenzen im Auftrag der USA zu schützen. In den letzten drei Jahren führte Mexiko deutlich mehr Abschiebungen nach Zentralamerika durch als die USA.

In den USA ist die illegale Immigration seit Langem ein großes Thema. Das Pew-Forschungszentrum gibt an, dass sich im Jahr 2015 11,1 Millionen Immigranten ohne gültige Papiere in den USA aufhielten. US-Präsident Donald Trump schürte im Wahlkampf die Angst vor Einwanderern und bezeichnete die Migranten als Kriminelle, die Drogen ins Land brächten und eine Gefahr für die US-amerikanische Bevölkerung darstellten. Ebenso drohte er damit, Guatemala, Honduras und El Salvador die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen.

Die Mehrzahl der Migranten möchte dennoch bis in die USA weitergehen. In Guatemala hat sich bereits eine weitere Gruppe von circa 2.000 Menschen auf den Weg gemacht, mit dem Ziel, über Mexiko in die USA zu gelangen. Anstatt die Entwicklungsgelder zu kürzen, sollte stattdessen eine Erhöhung in Betracht gezogen werden. Somit würde er nicht die Symptome, sondern die Ursachen der Migration aus Zentralamerika bekämpfen und es könnten mehr Gewaltpräventionsprogramme sowie Programme zur Stärkung der Justiz und der Menschenrechte für die dortige Bevölkerung geschaffen werden.